

Newsletter aus Europa No. 19 (Mai 2011)

In diesem Newsletter finden Sie:

- » Aktuelles aus Straßburg
- » Europa Allgemein
- » Aktuelles aus den Delegationen
- » Aktuelles aus dem Wahlkreis
- » Europa allgemein
- » Was macht eigentlich das Büro von MdEP...?
- » Termine - Rückschau
- » Termine - Vorausschau
- » Aus dem "EU-Jargon"
- » Kontakt & Impressum

Aktuelles aus Straßburg

Pressekonferenz zum Schengen-Abkommen

Im Vorfeld der Sitzung der europäischen Justiz- und Innenminister am 12. Mai in Brüssel habe ich Vertreter der Presse in Straßburg zu einem Gespräch über das Schengen-Abkommen eingeladen. Das Interesse war wohl nicht zuletzt angesichts des Eintreffens weiterer Flüchtlinge aus Nordafrika in Italien groß.

Erst letzte Woche hatte die Kommission eine Mitteilung zur Migration veröffentlicht, in der sie unter anderem einen europäischen Mechanismus, der eine temporäre Aussetzung des Schengen-Abkommens unter weit gefassten Bedingungen möglich machen würde.

Innenminister Friedrich spricht davon, dass das jetzige Schengen-Abkommen nicht den Fall vorsieht, dass ein Mitgliedstaat der Verantwortung, seine Außengrenzen zu schützen, nicht nachkommt. "Schengen" würde daher gestärkt werden, wenn in Ausnahmesituationen Grenzkontrollen wieder eingeführt werden könnten. Es ist schon beinahe infam, die Einführung solcher Kontrollen als Stärkung Schengens zu bezeichnen - einem Abkommen, das ja gerade die Freizügigkeit unterstützt!

Zum italienisch-französischen Vorschlag führte ich am 28. April ein Interview mit **Radio eins**. Das Interview können Sie [hier](#) nachhören.



Schengen ist eine großartige Errungenschaft und Motor der Freizügigkeit in der EU. Das Abkommen darf daher auf keinen Fall durch undurchsichtig oder schwammig formulierte Bedingungen aufgeweicht werden. Die Mitteilung der Kommission ist da hart an der Grenze.

Deutschland muss daher mit einem entschiedenen 'Nein' jedglichen Versuchen, das Schengen-Abkommen aufzuweichen, entgegenzutreten. Der Rat ist gefordert, lösungsorientierte Vorschläge auf den Weg zu bringen, die das Thema Migration konkret anpacken. Dazu gehört auch, endlich das gemeinsame Asylsystem voranzutreiben, das Menschen, die ein Recht auf Asyl haben, Schutz, Verfahrenssicherheit und einen Aufenthalt unter menschenwürdigen Bedingungen zusichert. Schließlich soll das gemeinsame Asylsystem - und darauf haben sich *alle* Mitgliedstaaten verständigt - bis 2012 stehen.

Editorial



Liebe Leserinnen und Leser,

in der heutigen Ausgabe meines Newsletters geht es um eine Vielzahl von Themen, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte

Aktuell sorgt uns immer noch die Flüchtlingssituation. Das Schengen-Abkommen, eine der schönsten Errungenschaften Europas, scheint zur Disposition zu stehen. Im EP herrscht Einigkeit: soweit darf es nicht kommen!

Bildung und Jugend war ein weiterer großer Block, der diese Woche in Straßburg besprochen wurde. Angesichts der hartnäckig hohen Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen mit über 20% in der EU, sind wir alle gefordert, Lösungen zu finden.

Der Tierschutz hat mich sowohl in Straßburg als auch in meinem Wahlkreis beschäftigt. Hier geht es vor allem darum, das Recht des Verbrauchers auf Information zu stärken und einem gestiegenen Bewusstsein für Tierschutz Rechnung zu tragen. .

Viel Spaß bei der Lektüre wünscht Ihnen

Ihre Nadja Hirsch

Youth on the Move

"Youth on the Move" oder "Jugend in Bewegung" ist eines der sogenannten Flagships der neuen EU-Strategie 2020. Das bedeutet, diese Initiative ist eine der Säulen, an denen sich die Strategie der EU für die kommenden 10 Jahre ausrichtet. Ziel dieser Leitinitiative ist es, bis 2020 die Schulabbrecherquote von 15 % auf 10 % zu senken, den Anteil der jungen Menschen mit Hochschulabschluss von 31 % auf 40 % zu erhöhen und eine Beschäftigungsquote von 75 % zu erreichen. Die Mobilität junger Menschen soll weiterhin durch die Programme des Lebenslangen Lernens, Erasmus, Leonardo da Vinci, Grundtvig und Marie Curie geschehen.

Am 12. Mai wurde im Plenum ein Bericht angenommen, der die Wichtigkeit dieser Ziele unterstreicht und die Mitgliedstaaten, die für Bildung und den Jugendbereich zuständig sind, in die Verantwortung nimmt. Die EU ist in diesen Bereich lediglich koordinierend (s.a. Bologna-Prozess) oder unterstützend tätig (s. die Ko-Finanzierung der Programme des Lebenslangen Lernens).

Im Vorfeld der Abstimmungen erhielt ich von Mitgliedstaaten, nationalen Agenturen und Verbänden zahlreiche Schreiben, in denen diese ihre Befürchtung zum Ausdruck bringen, dass die Europäische Kommission plane, das europäische Bildungsprogramme und das Jugendprogramm zusammenzuführen. Dies drohe neben einem hohen Verwaltungsaufwand für die gerade erst etablierten und in Gang gekommenen Strukturen eine Verringerung des Budgets mit sich zu bringen.

Auch wenn uns im Europäischen Parlament ein solcher Vorschlag seitens der Kommission nicht vorliegt, habe ich mich schon jetzt dafür eingesetzt, die erfolgreichen Programme wie Erasmus oder Jugend in Aktion in ihrer jetzigen Form zu erhalten. Denn die Bildungs- und Jugendprogramme sollten *allen* Jugendlichen offen stehen, unabhängig von dem von ihnen gewählten Bildungsgang. Das bedeutet beispielsweise auch, dass Auszubildende die Möglichkeit haben sollten, einen Teil ihrer Ausbildung im Ausland zu absolvieren.

Frühkindliche Bildung

Am 12. Mai verabschiedete das Europäische Parlament einen Entschließungsantrag über die frühkindliche Bildung. Darin weisen die Abgeordneten vor allem auf die Unterschiede in den Mitgliedstaaten in Bezug auf Qualität und Angebot der frühkindlichen Bildung, Teilnehmerzahlen, den Zugang zu den betreffenden Einrichtungen sowie der Verwaltung dieser Einrichtungen hin. Sie fordern daher ein europäisches Rahmenkonzept mit gemeinsamen Zielen und Werten, Anrechten und Strukturen. Bereits 2009 setzte sich die EU zum Ziel, dass mindestens 95 % der Kinder ab 4 Jahre bis zum Schuleintritt Betreuung, Bildung und Erziehung erhalten sollten. Derzeit liegt der EU-Durchschnitt bei 92,3 %, wobei die Quote teils erheblich schwankt.

Auch meinen Forderungen, Kindern von Eltern ohne legalen Aufenthaltstitel, Asylsuchenden oder Flüchtlingen den Zugang zu frühkindlicher Bildung zu ermöglichen, wurden mit in den Text aufgenommen. Das ist wichtig, denn wir müssen vermeiden, dass die Chancen von diesen Kindern schon von Beginn an reduziert werden. Die frühkindliche Bildung und Betreuung muss überdies vielfältig und flexibel auf die unterschiedlichen Lebensverhältnisse von Familien eingehen und beispielsweise kostenlose Beratungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen.

Kennzeichnung von Textilien

Am 11. Mai stimmte das Parlament über eine Verordnung ab, bei der es wörtlich um "Bezeichnungen von Textilfasern und die damit zusammenhängende Etikettierung und Kennzeichnung der Faserzusammensetzung von Textilerzeugnissen" geht. Was hat das mit Tierschutz zu tun?

Das Parlament unter liberaler Führung des ALDE-Abgeordneten Toine Manders hat sich dafür eingesetzt, dass gekennzeichnet werden muss, wenn Materialien in Textilprodukten tierischen Ursprungs sind - kurz: es sich um Pelze oder Leder handelt. Das ist insbesondere für Verbraucher wichtig, die sich beim Kauf von Textilien bewusst gegen Pelze oder Leder entscheiden wollen. Bis 30. September 2013 soll die Kommission überdies eine Studie vorlegen, die unter anderem die Machbarkeit einer Herkunftskennzeichnung "made in" bewerten soll. Dadurch soll gewährleistet werden, dass Textilprodukte bis zum Herkunftsort zurückverfolgt werden können.

Funkfrequenzpolitik

Am 11. Mai stimmte das Europäische Parlament über einen Vorschlag der Kommission hinsichtlich eines 5-Jahres-Programms für die Funkfrequenzpolitik (Planung und Harmonisierung) ab. Kommission und Parlament haben wiederholt unterstrichen, dass Funkfrequenzen eine wichtige, aber auch knappe Ressource sind, deren Gebrauch so effizient wie möglich gestaltet werden muss. Dabei geht es unter anderem darum, bis 2013 ausreichend Frequenzen für den Breitbandausbau verfügbar zu machen.

Dafür wird es notwendig sein, dass Mitgliedstaaten bis 2012 Anbieter mit Lizenzen ausstatten, um Frequenzbänder zu nutzen, die bereits auf EU-Ebene einer technischen Harmonisierung unterzogen wurden, um für das drahtlose Breitband nutzbar gemacht zu werden (900/1800 MHz Band sowie das 2,5 GHz und 3,4-3,8 GHz Band). Darüber hinaus sind die Mitgliedstaaten dazu aufgefordert, das 800 MHz-Band bis 2013 zur Breitbandnutzung zur Verfügung zu stellen, wobei Ausnahmen möglich sein sollen.

Im Kulturausschuss habe ich mich dafür eingesetzt insbesondere die sogenannte "Digitale Dividende", d.h. diejenigen Frequenzen, die durch die Digitalisierung des Rundfunks frei werden (das 800MHz-Band), zum Ausbau des Breitbandinternets, v.a. im ländlichen Raum zu nutzen. Dies ermöglicht Bürgern wie Unternehmen eine bessere Teilnahme am sozialen wie wirtschaftlichen Leben (Zugang zu e-commerce, e-government, computergestütztem Lernen, Tele-Medizin, etc.). Bei der Vergabe der Frequenzen muss allerdings darauf geachtet werden, dass es zu einem chancengleichen und diskriminierungsfreien Wettbewerb bei der Versorgung der Fläche kommt und Neueinsteiger nicht am Markteintritt gehindert werden.



Was sind Funkfrequenzen?

Funkfrequenzen sind alle Wellen bzw. Schwingungen, die auf Frequenzen zwischen 3 KHz und 300GHz laufen. Wenn Signale auf verschiedenen Frequenzen laufen, verhalten sie sich unterschiedlich, sie können dadurch für verschiedene Anwendungen genutzt werden, die gleichzeitig laufen, ohne Interferenzen zu erzeugen. Terrestrisches TV läuft z.B. auf 400-800 MHz, Mobiltelefone um 900, 1.800 und 2.000 MHz. Funkfrequenzen sind unterteilt in Bänder, d.h. Frequenzbereiche (daher auch das 800MHz-Band). Je geringer die Frequenz, desto höher die Reichweite, aber desto geringer die Menge an Information, die transportiert werden kann.

Funkfrequenzen sind insbesondere für folgende Sektoren und Dienste unabdingbar: Mobilfunk, drahtlose Breitbanddienste und Satellitenkommunikation, Fernsehen und Hörfunk, Verkehr, Funkortung und Anwendungen wie Alarmsysteme, Fernsteuerungen, Hörgeräte, Mikrofone und medizinische Ausrüstung, aber auch im Katastrophenschutz und der Weltraumforschung.

Europa Allgemein

Tag der Freizügigkeit - Deutschlands späte Chance

Ab 1. Mai gilt die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für acht osteuropäische EU-Mitgliedstaaten. Für Deutschland stellt dies eine spät wahrgenommene Chance dar. Wir sind akut von einem Fachkräftemangel bedroht, der nicht alleine durch die bessere Aus- und Weiterbildung von Arbeitskräften aus dem Inland, längerer Lebensarbeitszeit oder einer besseren Integration von Frauen behoben werden kann. Daher brauchen wir qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland. Aber wir haben einiges nachzuholen, um für diese Arbeitskräfte wieder attraktiv zu werden.

Denn machen wir uns nichts vor: Für viele Hochqualifizierte aus den osteuropäischen Ländern ist der Zug ins EU-Ausland bereits abgefahren. Sie haben Arbeit in Großbritannien, Irland oder Schweden gefunden. Deutschland hat hier aufgrund der Abschottung seines Arbeitsmarkts das Nachsehen. Die Panikmache der Bevölkerung vor einer 'Schwemme' von Arbeitnehmern aus dem Osten hat sein Übriges getan. Deutschland ist für die meisten einfach nicht mehr attraktiv. Nicht nur im hochqualifizierten Bereich werden uns künftig Arbeitskräfte fehlen, auch im Pflegebereich gibt es schon jetzt Engpässe. Aber auch hier ist Skandinavien attraktiver, weil in den Pflegeberufen deutlich mehr gezahlt wird und Abschlüsse schneller und einfacher anerkannt werden als in Deutschland. Wir müssen daher stark an unserer Außendarstellung arbeiten und den Menschen zeigen, dass sie in Deutschland willkommen sind und wir ihre Arbeit wertschätzen.

Laut einer Studie der Bundesagentur für Arbeit wird sich das Arbeitskräftepotential in Deutschland bis 2025 um ca. 6.5 Millionen auf 38,1 Millionen verringern. Ab 1. Mai können Menschen aus Estland, Litauen, Lettland,

Newsletter aus Europa No. 19 (Mai 2011)

Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn ohne Beschränkung in Deutschland arbeiten. Für Bulgarien und Rumänien gelten diese Beschränkungen für den deutschen Arbeitsmarkt weiterhin, allerdings maximal bis Ende 2013.

Alles Gute, Europa!

Jedes Jahr am 9. Mai feiert Europa Geburtstag. Aber warum eigentlich? Der Ursprung dieses Tages liegt in einer Rede Robert Schumans, verfasst von seinem Mitarbeiter Jean Monnet, die er am 9. Mai 1950 hielt. 1985 erklärten die Staats- und Regierungschefs dann den 9. Mai offiziell zum "Europatag". In seiner Rede forderte Schuman, der damals französischer Außenminister war, Europas Staaten auf, ihre Kohle- und Stahlproduktion zusammenzulegen. Nur dadurch sei sichergestellt, dass sich Europas Völker nie mehr bekämpfen würden. Heute wird ein anderes Ziel verfolgt: ein Europa, welches die Freiheit und Identität jedes seiner Völker respektiert. Ein Ziel, dessen Fundament die Schuman-Erklärung schuf.

Aktuelles aus den Delegationen

Kroatien - Beitrittsverhandlungen, Verurteilung von Kriegsverbrechern

Bei einem Treffen der Minister aus EU und Kroatien konnten zwei weitere Verhandlungskapitel geschlossen werden im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (Kapitel 11) und in der Regionalpolitik & Koordination der Strukturförderung (Kapitel 22). Damit stieg die Zahl der abgeschlossenen Kapitel auf 30 (von insgesamt 35). Die ungarische Ratspräsidentschaft bekräftigte weiterhin, dass ihr daran gelegen sei, die Verhandlungen bis Juni 2011 abzuschließen, was einen Beitritt bis 2012 ermöglichen könnte.

Mittlerweile zeigen sich auch bei der Verurteilung von Kriegsverbrechern in Kroatien Fortschritte. Zwei hochrangige Generäle, Ante Gotovina, der in Kroatien weitläufig als Kriegsheld gilt, und Mladen Markač wurden zu je 24 und 18 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien sah deren kriminelle Beteiligung während und nach der "Operation Storm" (1995) als erwiesen an, bei der es darum ging, die kroatische Region Krajina von der serbischen Bevölkerung ethnisch zu säubern.

Amnesty International bemängelt immer wieder Verzögerungen und fehlenden politischen Willen bei der Verurteilung von Kriegsverbrechern. Seit Beendigung des Krieges vor 15 Jahren würden im Schnitt lediglich 18 Fälle pro Jahr abgeschlossen, was zu einem Rückstau von mehr als 500 Fällen geführt hätte. Bei dieser Geschwindigkeit würde es weitere 30 Jahre dauern, alle Fälle von Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufzuarbeiten. Die Verurteilung der prominenten Generäle wird dennoch als großer Fortschritt begrüßt.

Vom 15. bis 17. Mai nehme ich am halbjährlichen Treffen mit den kroatischen Abgeordneten in Dubrovnik teil. Dort wird es unter anderem um die noch ausstehenden Kapitel im Beitrittsprozess gehen.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Herausforderungen an den Tierschutz

Auch im Tierschutz erlässt die EU Verordnungen und Richtlinie, die ein Mindestmaß an einheitlichen Regeln im Bezug auf Haltung und Transport von Nutztieren schaffen soll. Am 7. Mai organisierte ich zusammen mit dem Tierheim München eine mit knapp 50 Teilnehmern sehr gut besuchte Veranstaltung zu den Herausforderungen, der sich die EU und die Mitgliedstaaten in Zukunft im Bereich Tierschutz stellen muss. Denn in den letzten Jahrzehnten hat sich das Verhältnis vieler Europäer zu Tieren verändert. Sinnloses Leiden wird nicht mehr ohne weiteres akzeptiert. Auch die EU hat, wenn auch langsam, auf diese Trends reagiert. Beispiel: Verbot der Batteriehaltung für Legehennen ab 2012. Auch die Tiertransporte werden durch eine EU-Verordnung



Newsletter aus Europa No. 19 (Mai 2011)



LIBERALE WOCHE
DER FDP MÜNCHEN-OST

Herausforderungen an den Tierschutz

Es diskutieren:
Nadja Hirsch
Mitglied des Europäischen Parlaments
Kurt Perlinger
Vorsitzender Tierschutzverein München

Samstag, 07.05.11,
13:30 Uhr,
Tierheim München,
Riemer Straße 270,
Stadtbus 189 „Tierheim“.

in Kooperation mit:
tierschutzverein münchen e.V.

Logos: NADJA HIRSCH, LIBERALEN DEMOKRATEN, FDP MÜNCHEN-OST

geregelt. Doch leider gibt es hier vor allem Schwierigkeiten mit der Auslegung und Umsetzung in den Mitgliedstaaten, so dass man noch immer nicht von einer Verbesserung in Sachen Tierschutz sprechen kann.

Beim Tierschutz geht es nicht allein um die Gesundheit und das Wohlergehen der Tiere. Auch die Gesundheit von Verbrauchern ist dadurch gefährdet. Auf überlangen Tiertransporten steigt die Gefahr der Krankheitsausbreitung unter Tieren an, die für den Verzehr vorgesehen sind. Antibiotika, die bei der Herstellung der Gänsestopfleber an die Tiere verabreicht werden, landen nicht zuletzt auf unserem Speiseteller, mit teils noch nicht abschätzbaren Problemen.

Nicht jeder Verbraucher ist sich dessen bewusst, bzw. wurde darüber informiert. Daher muss es darum gehen, das Recht des Verbrauchers auf Information einzufordern. Dann erst kann man davon sprechen, dass ein Verbraucher die Wahl hat, Produkte zu kaufen, bei denen er bewusst auf artgerechte Haltung von Tieren achten oder nicht achten kann. Viele Verbraucher sind bereit, mehr Geld für Produkte aus artgerechter Tierhaltung zu zahlen. Beispiel: Hühnereier. Man kann Unternehmern daher

nur empfehlen, auf das Umdenken der Menschen einzugehen und selbst umzudenken.

Bis es aber so weit ist, muss unbedingt gewährleistet werden, dass in allen Mitgliedstaaten dieselben Bedingungen für die Haltung, Produktion und den Transport von Tieren gelten. Ansonsten riskieren wir Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU, indem Unternehmen davon profitieren, geringere Tierschutzstandards zu beachten und somit Kostenvorteile haben. Daher ist ein Handeln auf europäischer Ebene unabdingbar.

Ein weiteres Thema, das angesprochen wurde, stellt die wichtige Rolle von Tierheimen heraus: der illegale Welpenhandel. Allein in Deutschland geht man davon aus, dass jährlich eine halbe Millionen Welpen illegal gehandelt werden - ohne ausreichenden Impfschutz oder Dokumente und oft mit teils zum Tode führenden Krankheiten belastet. Ein unüberlegter, durch Mitleid ausgelöst oder uninformativer Kauf endet oft darin, dass Menschen mit den Tieren und der Verantwortung überfordert sind und diese aussetzen oder im Tierheim abgeben. Auch unter diesem Gesichtspunkt müssen Vorhaben, Welpen auch in Zoofachgeschäften zu verkaufen, unbedingt gestoppt werden.

Zensus 2011 - Ein fragwürdiger Fragenkatalog

Am 9. Mai war Zähltag in Deutschland. Sämtliche Daten aus Melderegistern und Registern der Bundesagentur für Arbeit wurden an die statistischen Ämter geleitet. Zusätzlich wurden Interviews mit Bürgern durchgeführt. Grundlage für die Volkszählung, die 2011 in allen Mitgliedstaaten der EU stattfinden wird, ist eine EU-Verordnung aus dem Jahre 2008. Wem das schon übel aufstößt, dem sei gesagt, dass Deutschland weit mehr Daten erhebt, als von der EU verlangt. Es zeigt sich einmal mehr, dass nicht alles, was Bürokratie verursacht und in die Privatsphäre der Bürger eingreift, aus Brüssel kommt.

Deutschland hat die Verordnung in einem Gesetz umgesetzt und es sich dabei nicht nehmen lassen, zusätzliche Fragen, die speziell auf Migranten abzielen, einzuführen. Auch wenn die Frage der Zuwanderung von politischem Interesse ist, kann eine Momentaufnahme die Versäumnisse der letzten Jahrzehnte nicht nachholen. Während die EU-Verordnung beispielsweise vorsieht, die Ankunft im Meldeland ab 1980 anzugeben, erweitert Deutschland den Zeitraum bis 1955 und schließt sowohl Daten über die Mutter und den Vater des Befragten mit ein.

Am 6. Mai lud mich das **Nordwestradio** ein, zur anstehenden Volkszählung Stellung zu nehmen. Das Interview führte Nicole Nelhiebel und kann [hier](#) nachgehört werden.



Darüber hinaus wird gezielt die Frage nach der Religionszugehörigkeit gestellt. Auch wenn die Beantwortung freiwillig ist, so sollte diese Frage weder dazu dienen, den christlichen Kirchen das Zählen ihrer Schäfchen abzunehmen, noch dazu, Profile über religiöse Volksgruppen zu erstellen. Daher muss unbedingt gewährleistet werden, dass Erkenntnisse - gerade bei den sensiblen Themenbereichen Migration, Integration

Newsletter aus Europa No. 19 (Mai 2011)

und Religion – zu konstruktiven Vorschlägen führen und nicht dazu missbraucht werden, Stimmung gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen zu schüren.

Die EU-Verordnung verpflichtet alle Mitgliedstaaten 2011 Zensusdaten zu erheben und dies alle 10 Jahre zu wiederholen. Um die Ergebnisse vergleichbar zu machen, wurden bestimmte Merkmale festgelegt, die von allen Mitgliedstaaten geliefert werden müssen. Die letzte Volkszählung in Deutschland fand 1987 statt, 1981 in der DDR. Basierend darauf geht man davon aus, dass ca. 81,1 Millionen Menschen in Deutschland leben. Im Rahmen des Zensus 2011 werden rund 7,9 Millionen Menschen, also nur knapp 10 Prozent der Bevölkerung, tatsächlich an den Umfragen teilnehmen sowie alle der 17,5 Millionen Eigentümer von Häusern und Wohnung. Die Kosten für die Volkszählung 2011 belaufen sich auf 710 Millionen Euro.

Auf meiner Webseite gab es hierzu eine kleine [Umfrage](#). Unter 20 Teilnehmern würden 13 die Frage nach der Glaubensrichtung freiwillig beantworten. 7 würden dies nicht tun.

Was macht eigentlich das Büro von MdEP...

Leonidas Donskis



Leonidas Donskis gehört der Bewegung der Liberalen der Litauischen Republik an. Er ist unter anderem Mitglied des Entwicklungsausschusses sowie des Unterausschusses für Menschenrechte. Neben seiner Tätigkeit als Europaabgeordneter hat sich Herr Donskis als Geschichtswissenschaftler und Philosoph ausgezeichnet und bereits zahlreiche Bücher veröffentlicht, von denen viele auch in deutscher Sprache erschienen sind.

1. Der kürzlich ins Leben gerufene "Dahrendorf Kreis" zielt darauf ab, einen nachhaltigen Liberalismus in Deutschland zu etablieren sowie die FDP insgesamt breiter aufzustellen. Sie sind nicht nur Mitglied des Europäischen Parlaments, sondern auch Philosoph, politischer Theoretiker und Historiker. Was sieht Ihre Vision eines Liberalismus für das heutige Europa aus?

Ich würde mir eine gemäßigte, einschließende, offene und sensible politische sowie moralische Philosophie vorstellen, die in der Lage ist, moderne Empfindsamkeiten und kulturelle Unterschiede in Europa zu umfassen. Die europäischen Liberalen von heute sollten solche Themen, wie den Anstieg des Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit in Europa ansprechen, ohne einer Diskussion über die komplexesten Themen wie Migration und den Misserfolgen, europäische Grundwerte zu akzeptieren, auszuweichen. Sie müssen Menschenrechte, Privatsphäre, Würde, individuelle Vernunft verteidigen und das Bewusstsein gegen die Bedrohung politischen Eindringens in den menschlichen Wirkungsbereich, das Privatleben und das Gedächtnis schärfen, welches zu einer vorherrschenden Tendenz des heutigen politischen Lebens in Europa wird.

2. Das Europäische Parlament wurde vor kurzem Gastgeber des Handelsherrn und Philanthropen Bill Gates, welcher über entwicklungspolitische Themen gesprochen hat. Während der Veranstaltung erwähnte Bill Gates, dass er sich mehr Migration wünschen würde. Stimmen Sie mit seinen Argumenten für Migration überein?

Die Migration ist ein Bestandteil des modernen Lebens, ob wir es mögen oder nicht. Um die wirtschaftliche

Entwicklung zu intensivieren und zu beschleunigen, müssen wir uns auf mehr und nicht weniger Migration vorbereiten. Jedoch entbindet uns dies nicht von der Bürde und Pflicht, wirtschaftliche und politische Migranten angemessen kulturell in die Gesellschaft ihrer Wahl zu integrieren. Wie ich in meinem neuen Buch "Modernity in Crisis: A Dialogue on the Culture of Belonging" (wörtlich: "Die Moderne in der Krise: Ein Dialog über die Kultur der Zugehörigkeit") geschrieben habe, können wir nicht der naiven Illusion erliegen, unsere heterogene Wirtschaft mit ihren Vorteilen mit einer possierlichen, homogenen Kultur unserer Träume in Einklang bringen zu können. Das wird nicht passieren.

3. Sie sind politisch aktiv im Parlamentarischen Kooperationsausschusses EU-Moldau. Wie sehen Sie in naher Zukunft die Chancen eines möglichen EU Beitrittes Moldawiens?

Das wird schwierig sein. Viel hängt davon ab, welche Politiken wir in Bezug auf die Ukraine entwickeln werden. Moldawien kann kein Mitglied der Europäischen Union werden ohne einen solch bedeutenden und wichtigen Nachbarn wie die Ukraine.

4. Als Mitglied des Europäischen Parlaments repräsentieren Sie Litauen und seine Bürger. Welche Herausforderungen und Möglichkeiten bringt die EU für Ihr Land oder Ihre Region mit sich?

Eine Hauptherausforderung besteht darin, der Versuchung eines kleinen Landes zu widerstehen zu denken, dass wir nur für uns selbst anstatt für die EU als Ganzes verantwortlich sind. Und es ist auch eine großartige Möglichkeit, aus den grundlegenden Erfahrungen der reifsten Demokratien und deren Zivilgesellschaften zu lernen zugunsten unserer liberalen Demokratie.

Newsletter aus Europa No. 19 (Mai 2011)

4. Wenn Sie die Bürger in Bayern in maximal zwei Sätzen davon überzeugen könnten, Ihren Wahlkreis zu besuchen, welches wären Ihre Argumente?

Sie würden ungemein das vergleichbare, kulturelle Umfeld mit der historischen Bedeutung des römischen

Katholizismus genießen sowie das deutsche architektonische und literarische Erbe. Warum nicht ein Land besuchen, in dem Thomas Mann einen Teil von "Joseph und seine Brüder" verfasst hat und wo der Entdecker Trojas, Heinrich Schliemann, seine Warenhäuser hatte? Litauen und meine Heimatstadt Klaipėda (Memel) wären einfach undenkbar ohne bedeutende, deutsche kulturelle Einflüsse.

Termine - Rückschau*

10. April	FDP Landesparteitag	Amberg
13. April	Besuch einer Delegation aus Kashmir bei der Friedrich Naumann Stiftung	Brüssel
13. April	Besuch der bayerischen Eliteakademie	Brüssel
14. April	Gespräch mit der Kammer für Migration & Integration, Rat der EKD	Brüssel
6. Mai	Europawoche: Radio-, Projekt- und Klinikbesuch	Oberallgäu
7. Mai	Veranstaltung zu "Herausforderungen an den Tierschutz", Münchner Tierheim	München

Termine - Vorausschau*

13.-15. Mai	FDP Bundesparteitag	Rostock
16.-17. Mai	Delegationsreise Kroatien-EU	Dubrovnik
23. Mai	Parlamentarisches Abendessen mit ARD-Intendanten zur Digitalen Agenda	Brüssel
24. Mai	Jury-Teilnahme 2011 EACA Care Awards for European Social Marketing	Brüssel
25.-26. Mai	Besuch der JuLis im Europäischen Parlament	Brüssel
26. Mai	Öffentliche Anhörung zum Thema "Disadvantaged Youth"	Brüssel
27. Mai	Landeskongress der JuLis Bayern	Würzburg
30. Mai	Podiumsdiskussion mit dem Verband bayerischer Zeitungsverleger	Brüssel
03. Juni	Stadtteilwoche Berg am Laim	Berg am Laim
06. Juni	Meinungsaustausch zwischen Vertretern des Bayerischen Landtags und EU-Abgeordneten aus Bayern	Brüssel

**Dies ist nur eine Auswahl von Terminen*

Aus dem "EU-Jargon"

Was ist eigentlich ein "Concours"?

Jährlich bewerben Menschen aus allen Mitgliedstaaten um die spärlichen Stellen in den EU Institutionen. Doch ein Großteil von ihnen scheitert am so genannten "Concours" (frz. für "Wettbewerb"), dem Auswahlverfahren für die Beamtenlaufbahn bei der Europäischen Union. Alleine dieses Jahr haben sich 50.000 Menschen für 320 verfügbare Stellen beworben, das bedeutet auf 6 Stellen folgen 1000 Bewerber.

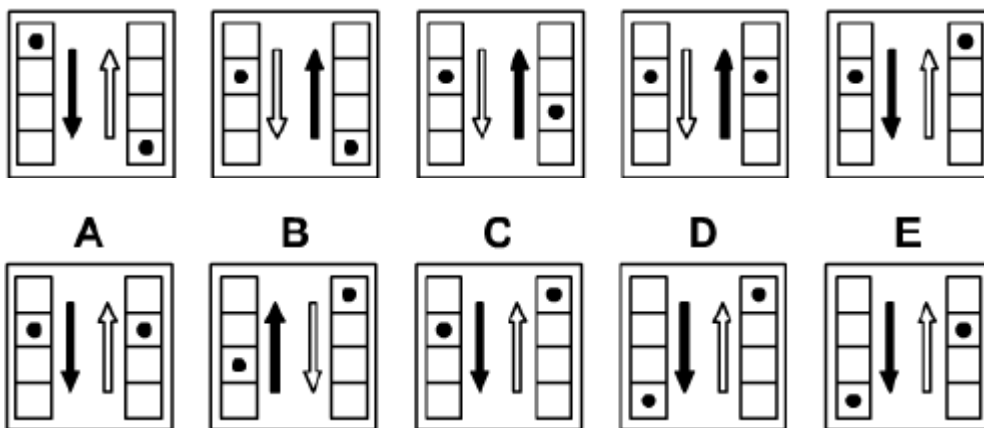
Beim "Concours" handelt es sich um ein stark standardisiertes Verfahren, bei welchem drei Phasen durchlaufen werden müssen: Erster Schritt ist eine Online-Anmeldung, auf welche als zweiter Schritt der so genannte Vorauswahltest folgt. Hier werden Fähigkeiten des sprachlogischen, numerischen, abstrakten und situativen Denkens geprüft. Nach erfolgreicher Absolvierung dieses Tests folgt als dritter Schritt das

Newsletter aus Europa No. 19 (Mai 2011)

Assessment Center. Die im Assessment Center erfolgreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben den Concours bestanden und werden letzten Endes in eine Eignungs- oder Reserveliste aufgenommen. Nur wer einen Listenplatz hat, darf sich auch um eine Stelle innerhalb der EU Institutionen bewerben.

Am Concours wird immer wieder bemängelt, dass die Auswahl einseitig Bewerber mit bestimmten Fähigkeiten begünstige. Umgekehrt muss aber auch bedacht werden, dass besetzte Stellen aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden. Die Öffentlichkeit und besonders auch die einzelnen Bewerber haben ein Interesse an einem transparenten und fairen Ablauf des Verfahrens.

So weit so gut. Doch wie steht es um Ihre Fähigkeiten? Hier ein Kurz-"Concours". Die Lösung finden Sie ganz unten in diesem Newsletter. Wählen Sie unter den verfügbaren Optionen binnen einer Minute das Diagramm aus, das als Nächstes in der Reihe anstünde:



Kontakt & Impressum

Kontakt - Europa & Impressum

Nadja Hirsch, MdEP
60, rue Wiertz, ASP 10G146
B-1047 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 28 45573
nadja.hirsch@europarl.europa.eu
www.europahirsch.eu

EMPL-Ausschuss: Ruth Steinhoff
LIBE-Ausschuss: Nadia El Bennich
CULT-Ausschuss: Nina Elzer
Presse & Öffentlichkeit: Nina Elzer

V.i.S.d.P. Nadja Hirsch, MdEP

Diesen Newsletter können Sie jederzeit abbestellen mit kurzer E-Mail an nina.elzer@europarl.europa.eu
(Die Lösung zum "Concours-Rätsel" ist B)

Kontakt - Wahlkreis

Europabüro München
Kontaktperson: Claudia Kunze
Rindermarkt 6, D-80331 München
Tel.: +49-89-126009-22
Fax: +49-89-126009-30

Europabüro Nürnberg
Hallplatz 15-19
D- 90402 Nürnberg

wahlkreis@europahirsch.eu
www.europahirsch.eu